Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Anwalt von Max Blumenthal: Verhaftung des US-Journalisten war politisch motiviert
2. Wahl in Thüringen: Die selbsternannte Mitte ist irre!
3. Umfrage zur Wirtschafts- und Sozialpolitik: Deutsche wollen mehr Staat
4. Eine neue gigantische Geldschwemme macht nur wenig Schlagzeilen
5. Uno rügt Antisemitismus-Beschluss des Bundestags
6. Medien über Ostdeutschland: 50 Shades of Grey
7. Klimakrise: Ein halbes Jahrhundert Zögern und Leugnen
8. Insekten-Studie in Deutschland: Das große Sterben
9. 70% of millennials say they'd vote for a socialist
10. Als Shooter-Fan liebe ich CoD Modern Warfare – Als Russe blutet mein Herz

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Anwalt von Max Blumenthal: Verhaftung des US-Journalisten war politisch motiviert**
   Vergangenen Freitag ist der investigative Journalist Max Blumenthal in den USA für zwei Tage verhaftet worden, nachdem Polizisten zuvor seine Wohnung in Washington DC gestürmt hatten. Ein Rechtsbeistand wurde im während der Inhaftierung verweigert.
   Blumenthal wird vorgeworfen, im Mai bei Auseinandersetzungen vor der venezolanischen Botschaft in Washington eine Frau angegriffen zu haben. Das angebliche Opfer Naylet Pacheco will Blumenthal auf einem Foto erkannt haben.
   Laut Blumenthals Anwalt Bill Moran handelt sich jedoch um eine politisch motivierte Verhaftung. Das gesamte Prozedere sei überaus ungewöhnlich. Eine

Anklageerhebung, die erst sechs Monate nach der angeblichen Tat erfolgt, spreche nicht für rechtsstaatliche Motive.
Kurz vor seiner Verhaftung hatte Blumenthal einen Artikel veröffentlicht, der sich mit der Finanzierung des venezolanischen "Interimspräsidenten" Juan Guaidó durch USAID beschäftigt. Blumenthal hat die Regime Change-Bemühungen der USA in Venezuela mehrfach kritisch beleuchtet. Der Journalist geht davon aus, dass dies der eigentliche Grund für seine Verhaftung war.
Quelle: RT Deutsch

2. **Wahl in Thüringen: Die selbsternannte Mitte ist irre!**
   Bodo Ramelow und die Partei DIE LINKE haben die Wahl in Thüringen mit einem beeindruckenden Ergebnis von 31 Prozent klar gewonnen. Glückwunsch! Ramelow hat mit seiner rot-rot-grünen Regierung unter anderem mehr Lehrer eingestellt, ein weiteres Jahr in der Kita beitragsfrei gemacht, ein Tariftreuevertragsgesetz mit einer Lohnuntergrenze von 11,42 Euro verabschiedet – alles Entscheidungen, die von der großen Mehrheit der Thüringer unterstützt werden. Zudem hat er einen präsidialen Führungsstil entwickelt. Eine deutliche Mehrheit der Thüringer ist mit seiner Arbeit zufrieden.
   Entlarvend war die Reaktion einiger Politiker der unterlegenen Parteien. An vorderster Stelle jammerte der sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Haseloff, die Parteien der Mitte hätten keine Mehrheit mehr. Die „Extreme an den Rändern" hätten mehr als die Hälfte der Wählerstimmen auf sich vereinigt.
   Die selbsternannte Mitte ist irre! Sie hat immer noch nicht verstanden:
   Lohnkürzungen sind keine Politik der Mitte, sondern Entscheidungen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung. Dasselbe gilt für Rentenkürzungen und den Abbau sozialer Leistungen. Die wachsende Ungleichheit ist von CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen, die in den vergangenen Jahrzehnten die Bundesregierung stellten, zu verantworten. Die Mittelschichten steigen ab. Wer seine Politik angesichts dieser verheerenden Entwicklung der Gesellschaft als „Politik der Mitte" versteht, hat wirklich nichts begriffen. Dasselbe gilt für die von der Mehrheit der Bevölkerung ebenso abgelehnten Waffenlieferungen an Kriegsparteien und die Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen von Afghanistan bis Syrien.
   Und wenn es um den Schutz der Umwelt geht, setzt die selbsternannte Mitte nicht auf umweltfreundlichere, in aller Welt einsetzbare Technologien und Produktionsverfahren, sondern auf Verbrauchssteuern, die vor allem die Geringverdiener und die Mitte belasten – bei gleichzeitiger Schonung der Wohlhabenden, die weiter ihre Kinder mit ihren benzinschluckenden SUV's zu Umweltdemonstrationen fahren können.
   Die selbsternannte Mitte macht Politik für die Minderheit und hat mit dieser Politik,

die zur Spaltung der Gesellschaft führt, die AfD erst groß gemacht. Was muss noch passieren, bis sie merken, was Sie angerichtet haben?
Quelle: Oskar Lafontaine via facebook

3. **Umfrage zur Wirtschafts- und Sozialpolitik: Deutsche wollen mehr Staat**
Sorge über Ungleichheit, Ablehnung von Privatisierungen, Angst vor sozialem Abstieg – eine Umfrage zeigt: Die Deutschen wünschen sich eine Abkehr vom wirtschaftsliberalen Kurs der Regierung.
Privat vor Staat, so viel freier Markt und so wenig Regulierung wie möglich – solch eine Wirtschaftspolitik lehnt eine große Mehrheit der Deutschen im Jahr 2019 ab. Fast vier von fünf Bürgern sind etwa der Ansicht, dass in den vergangenen Jahrzehnten zu viele öffentliche Leistungen in Deutschland privatisiert wurden. Auch der Aufruf der Bundesregierung zur größeren Eigenvorsorge und -verantwortung vor allem in den Neunziger- und Nullerjahren, der den Abbau der Leistungen in der Renten- und Krankenversicherung begleitete, wird von 74 Prozent negativ bewertet.
Stattdessen stimmen die meisten Bürger einer wieder stärkeren Rolle des Staates in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu. Und sie äußern sich mit überwältigender Mehrheit besorgt über die sozialen Folgen einer ausgeprägt marktliberalen Politik.
Quelle: Spiegel Online
4. **Eine neue gigantische Geldschwemme macht nur wenig Schlagzeilen**
Das US-Finanzsystem hätte die Krise von 2007/08 nicht überstanden, wenn die FED nicht eingegriffen, ihre Bilanz auf etwa 4,5 Billionen US-Dollar ausgeweitet und den Leitzins mehrmals gesenkt hätte.
Den FED-Verantwortlichen war allerdings klar, dass eine solche Geldpolitik das System auf Dauer zerstören würde. Deshalb haben sie 2015 begonnen, die Zinsen vorsichtig zu erhöhen und die Bilanz der FED zu reduzieren.
Zu spät, wie sich Ende 2018 zeigte: Der Aktienmarkt erlebte seinen schlimmsten Dezember-Einbruch seit 70 Jahren und beruhigte sich erst wieder, nachdem Jerome Powell eine Rückkehr zur lockeren Geldpolitik versprach.
Die Reaktion des FED-Chefs machte deutlich, was in den zehn Jahren zuvor passiert war: Die Finanzindustrie war vom billigen Geld abhängig geworden und verlangte wie ein Suchtkranker nach weiteren Injektionen.
Auch wenn die FED es öffentlich bestreitet – genau solche Injektionen erleben wir zurzeit im Zusammenhang mit den Interventionen am US-Repo-Markt, und zwar in ungewöhnlich rasch zunehmendem Ausmass. (…)
Was die Ursache ist und warum die Massnahmen der FED offensichtlich nur geringe Wirkung gezeigt haben, ist bis heute nicht klar. Klar ist dagegen, dass anfänglich von einem dreitätigen Eingriff der FED die Rede war. Kurz darauf hiess es, man werde bis zum 10. Oktober mit mindestens 75 Milliarden Dollar pro Tag in den Repo-Markt

eingreifen und den notleidenden Banken (die namentlich nicht genannt wurden) drei 14-tägige Repo-Operationen von jeweils mindestens 30 Milliarden Dollar anbieten. Aus den 75 Milliarden Dollar sind inzwischen 120 Milliarden und aus den 30 Milliarden zwei wöchentliche 45 Milliarden-Dollar-Spritzen geworden, insgesamt also atemberaubende 690 Milliarden Dollar pro Woche. Zudem hat die FED am 11. Oktober angekündigt, sie werde bis zum Juni 2020 monatlich für 60 Milliarden kurzfristige US-Staatsanleihen kaufen. In den vergangenen 14 Tagen hat sie bereits T-Bills für 30 Milliarden Dollar erstanden.
Quelle: Infosperber

5. **Uno rügt Antisemitismus-Beschluss des Bundestags**
"Wir möchten unsere Sorge zum Ausdruck bringen, dass der Beschluss einen besorgniserregenden Trend setzt, die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit unverhältnismäßig einzuschränken", schrieb nun das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte am 18. Oktober an Außenminister Heiko Maas (SPD).
Unterzeichnet haben den Brief insgesamt fünf Sonderberichterstatter:
David Kaye, zuständig für den Schutz der Meinungsfreiheit
Clement Nyaletsossi Voule, zuständig für das Recht auf Versammlungsfreiheit
Michel Forst, zuständig für die Lage von Menschenrechtsaktivisten
Michael Lynk, Sonderberichterstatter für die Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten;
Ahmed Shaheed, zuständig für die Religionsfreiheit
"Der Beschluss greift unverhältnismäßig in das Recht der Menschen auf politische Meinungsäußerung in Deutschland ein, nämlich Unterstützung für die BDS-Bewegung zum Ausdruck zu bringen", heißt es in dem Schreiben.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch bzw. erneut Schande über dich, Deutschland, und deinen Anti-BDS-Beschluss und Israel: Demokratie, Apartheid und BDS – Einige Anmerkungen zur Antisemitismus-Debatte. Von Norman Paech.*

6. **Medien über Ostdeutschland: 50 Shades of Grey**
Katja Bigalke und Marcus Richter im Gespräch mit Valerie Schönian und Thomas Ahbe
Wenn in den Medien über die Bundesländer der ehemaligen DDR berichten, ist es oft von Klischees geprägt. Die Bilder sind grau, die Menschen sind grau, die Perspektive ist grau. Dabei ist die Mauer vor 30 Jahren gefallen. Trotzdem haben bis heute alle ein Bild vor Augen, wenn es um „den Osten" geht. Ein Stereotyp, das für „den Westen"

nicht existiert. … Ahbe sieht in der deutschen Medienlandschaft ein strukturelles Problem, das dazu führe. Denn diese würde von zentralen, westdeutschen Akteuren bespielt – von Print bis TV. Selbst ostdeutsche Lokalzeitungen seien nicht in ostdeutscher Hand und eine mittelständisch geprägte Lokalpresse existiere im Osten nicht.
Quelle: Deutschlandfunk

7. **Klimakrise: Ein halbes Jahrhundert Zögern und Leugnen**
Industrie und Politik sind seit Jahrzehnten vor der Klimakrise gewarnt. Sie reagierten mit Ignoranz und Verleugnung.
Seit mehr als 50 Jahren werden die Mineralölindustrie und die Politik vor der Verbrennung fossiler Brennstoffe und den entsprechenden negativen Auswirkungen auf das Klima gewarnt. Statt sich zu ändern, expandiert die Industrie fleißig weiter: Heute sind zwanzig Unternehmen für ein Drittel der weltweiten CO2-Emissionen verantwortlich.
Der «Guardian» veröffentlichte eine beeindruckende Zeitleiste, die zeigt, wer wann von dem Einfluss des CO2 auf das Klima wusste – und wie die unliebsamen Tatsachen systematisch verleugnet wurden.
1959: Der Physiker Edward Teller erklärt dem American Petroleum Institute (API), dass ein Anstieg des CO2 um zehn Prozent ausreicht, um die Eiskappe zu schmelzen und New York unter Wasser zu setzen. Er sagt: «Ich denke, dass diese chemische Kontamination ernster ist, als die meisten Leute glauben.»…
(…) Welche Konzerne besonders in der Verantwortung stehen
Die folgenden 20 Konzerne haben weltweit 35 Prozent zu allen energiebedingten Kohlendioxid- und Methanemissionen beigetragen. Das entspricht seit dem Jahr 1965 480 Milliarden Tonnen Kohlendioxid.
Angaben in Milliarden Tonnen Kohlendioxid, 1965 – 2017:
(…)
Quelle: Infosperber

Lesen Sie dazu auch: Jens Berger – "Das Thema Klimawandel ist nicht neu".

8. **Insekten-Studie in Deutschland: Das große Sterben**
Insekten sind elementar für unser Überleben, doch ihre Zahl schrumpft in erschreckendem Tempo. Bislang fehlten umfassende Studien, jetzt bilanziert eine neue Untersuchung die dramatischen Zustände in Deutschland.
Auf Wiesen und in Wäldern Deutschlands sind inzwischen deutlich weniger Insekten unterwegs als noch vor einem Jahrzehnt. Das belegen neue Daten aus drei Regionen, die Forscher unter Leitung der Technischen Universität München (TUM) ausgewertet

haben. Zumindest in den Graslandschaften stehe der Artenschwund vermutlich im Zusammenhang mit der intensiven Landwirtschaft, schreiben die Wissenschaftler im Fachmagazin “Nature”.
Quelle: Spiegel Online

9. **70% of millennials say they’d vote for a socialist**
Young Americans continue to lose faith in capitalism and embrace socialism, according to a new YouGov/Victims of Communism Memorial Foundation survey of more than 2,000 Americans 16 years and older. […]
The big picture: 50% of millennials and 51% of Generation Z have a somewhat or very unfavorable view of capitalism — increases of 8 and 6 percentage points from last year. Meanwhile, the share of millennials who say they are “extremely likely” to vote for a candidate who identifies as a socialist doubled.
Quelle: Axios
10. **Als Shooter-Fan liebe ich CoD Modern Warfare – Als Russe blutet mein Herz**
Wie spielt sich die Story in neuen Modern Warfare 2019? Am 25. Oktober feierte Call of Duty: Modern Warfare seinen Release. Während sich viele in den Multiplayer-Part des Spiels stürzen, gibt es auch so manch einen Spieler, der sich auf die Singleplayer-Kampagne des neuen Modern Warfare gefreut hat und sich zuerst dort austobte – so auch unser Autor Sven.
Hier erfahrt Ihr, was er von der Kampagne hält und hier, wie das neue Modern Warfare in ersten Tests abschneidet. (…)
Sieht so wirklich die Realität aus? Eigentlich hatte Modern Warfare den Anspruch, die Realität des Krieges glaubhaft darzustellen. Es sollte kein Schwarz oder Weiß geben. Stattdessen sollte durch die Kampagne vor allem deutlich werden, dass Krieg aus wechselnden Schattierungen von Grau besteht.
Doch ein deutlicheres Schwarz und Weiß kann man in meinen Augen gar nicht mehr präsentieren. Amerikanische „Fehltritte“ bleiben gänzlich unerwähnt, genau wie die Tatsache, dass eigentlich auch Russland gegen den weltweiten Terrorismus kämpft. Aber davon wollen wir hier nicht reden.
Bashing schlimmer als in den 90ern: Alles was mit Russland zu tun hat, wird durchweg als negativ, böse und barbarisch dargestellt. Im Prinzip wird Russland fast schon zu einem größeren Feind aufgebauscht, als der eigentliche Widersacher „Der Wolf“ und seine Terror-Organisation, die man im Visier hat.
Quelle: MeinMMO